

## **Berichtsvorlage**

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**  
zur Kenntnis im **Alle Ortsbeiräte**  
zur Kenntnis im **Alle Ortschaftsräte**

---

**Betreff:** **Prüfung von Straßennamen**

**Bezug:** 568/91, 24/92, 204/92, 86/2013, 82/2013

**Anlagen:**

---

### **Zusammenfassung:**

Die Benennungen von Straßen spiegeln die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen und Verhältnisse der Zeit, in der sie vorgenommen werden; die Urteile und Bewertungen, auf denen sie gründen, unterliegen selbst dem Wandel und werden ihrerseits zu Zeitzeugnissen. Umbenennungen von Straßen bergen auch immer die Gefahr einer Tilgung von Geschichte.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Umgang mit problematischen Straßenbenennungen zunächst grundsätzlich zu klären. Die Verwaltung hält es im Sinne einer erinnerungskulturellen Aufklärungsarbeit für sinnvoller, die Straßenschilder mit Erläuterungstafeln zu versehen und digital zu dokumentieren, als sie ohne einen solchen Klärungsprozess einfach umzubenennen.

### **Finanzielle Auswirkungen**

Die finanziellen Auswirkungen hängen davon ab, welche Vorgehensweise der Gemeinderat wählt. Für die Verwaltung ist es die vorrangige Aufgabe, die Corona-Pandemie und deren Bewältigung zu finanzieren und daher zunächst wichtigstes Ziel den Ergebnishaushalt wieder ausgleichen zu können. Für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Biografie Hans Gmelins wurden 70.000 Euro benötigt. Für eine umfassende Aufarbeitung der Straßennamen geht die Verwaltung daher von einem sechsstelligen Gesamtaufwand aus.

## Bericht:

### 1. Anlass / Problemstellung

Im Antrag 516/2020 von „Die FRAKTION – PARTEI, DiB, Huhn“ wird die Verwaltung beauftragt zu überprüfen, ob Eduard Haber, Eduard Spranger und Wilhelm Schussen „würdig sind, mit Straßennamen geehrt zu werden“. Damit wird eine Problematik benannt, mit der sich derzeit fast alle deutsche Städte beschäftigen (z.B. Berlin, Bonn, Frankfurt, Hannover, München, Münster oder aktuell Karlsruhe und Freiburg): Wie soll eine Stadtgesellschaft mit Straßen umgehen, deren Namensgeber in ihrem Verhalten nicht mehr den heutigen Wertvorstellungen entsprechen? Auch Tübingen hat sich mit solchen Fragen bereits befasst: So wurde 2013 die Adolf-Scheef-Straße auf Beschluss des Gemeinderats in Fritz-Bauer-Straße umbenannt, nachdem dem ehemaligen Oberbürgermeister die Ehrenbürgerwürde aberkannt worden war (vgl. Vorlage 382/2013).

### 2. Sachstand

Adolf Scheef, Theodor Haering, Paul von Hindenburg und Hans Gmelin wurde in den 2010er-Jahren aufgrund ihrer Verstrickung in das nationalsozialistische Unrechtssystem die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Damit verbunden waren die Umbenennungen der Adolf-Scheef-Straße und der Theodor-Haering-Staffel. Da nach Hindenburg und Gmelin in Tübingen keine Straßen benannt sind, wurden seinerzeit auch keine Umbenennungen vorgenommen.

Bereits 1992 diskutierte der Gemeinderat auf Grund eines interfraktionellen Antrags die Umbenennung der Robert-Gaupp-Staffel und der Eduard-Haber-Straße (Vorlage 204/92). Während die Gaupp-Staffel in Jakob-van-Hoddis-Staffel umbenannt wurde, entschied sich der Gemeinderat gegen die Umbenennung der Haber-Straße. Ausschlaggebend war eine Befragung der Anwohnerinnen und Anwohner, die sich gegen eine Umbenennung ausgesprochen hatten.

Die Begründung für alle Umbenennungen in Tübingen lag in der NS-Vergangenheit der genannten Männer. In jüngster Zeit haben sich allerdings die Maßstäbe der Bewertung deutlich verschärft; in anderen Städten werden als Kriterien der Klassifizierung von problematischen Straßennamen, neben nationalsozialistischen und antisemitischen Überzeugungen und Handlungen der Namensgeber, unter anderem Rassismus, Kolonialismus, Militarismus oder Frauenfeindlichkeit genannt. Insbesondere die Verbrechen des Kolonialismus betreffen auch Eduard Haber.

Der Diskurs über Ehrenbürgerwürden und Straßenbenennungen ist auch Ausdruck von gesellschaftlichen Debatten, Fraktionierungen und sich wandelnden historischen Bewertungen, mit denen sich eine Stadtgesellschaft – auch in Tübingen – immer wieder auseinandersetzen sollte. Bereits bei der intensiven, teilweise auch kontroversen Diskussion über die Ehrenbürgerwürden hat sich gezeigt, dass es wichtig ist, strukturiert und umfassend vorzugehen. Mit der Aufarbeitung der Biografie Hans Gmelins, für das ein Forschungsstipendium vergeben wurde, ist dies gelungen. Es wurden belastbare und überprüfbare wissenschaftliche Bewertungskriterien für einen Einzelfall geschaffen. Die NS-Belastung weiterer Ehrenbürger, wie zum Beispiel Kurt Georg Kiesinger, wurden bisher nicht untersucht. Auch eine Gesamtbetrachtung fand nicht statt.

Ähnlich verhält es sich mit der Benennung von Straßen. Kriterien für die historische Einordnung und Bewertung von problematischen Namensgebern wurden bisher nicht entwickelt, auch eine Gesamtschau aller Straßennamen, die auch die belastete Vergangenheit ihrer Namensgeber berücksichtigt, wurde bislang nicht vorgenommen. Neben den im Antrag genannten Personen gibt es aus der Amtszeit von Hans Gmelin weitere Straßenbenennungen, die ebenfalls hinterfragt werden könnten, wie zum Beispiel die nach dem Juristen Emil Niethammer, der ein ausgewiesener Gegner der Weimarer Republik war und in der NS-Zeit die Verschärfung des Strafrechts im Sinne des Regimes betrieb.

Die Umbenennung von Straßen gilt zudem, auch unter Historikern, als nicht unproblematisch. Vom Aufwand für die Anwohnerinnen und Anwohner abgesehen, ist die entscheidende Frage, ob durch die Umbenennung nicht vielmehr Geschichte verschleiert und getilgt wird und vor Ort nicht mehr erkennbar ist. Zum anderen sind Bewertungen, abgesehen von wenigen, eindeutigen Fällen, immer zeitbedingt. Es wird auch zukünftig Diskussionen und Verständigung darüber geben müssen, nach welchen Kriterien Straßenbenennungen und Umbenennungen vorgenommen werden.

Wenn es um die Bewertung geht, wer eines Straßennamens würdig – oder eben auch unwürdig – ist, lassen sich kaum allgemeingültige, verbindliche Kriterien formulieren. Schwierige Fragen, mit denen sich bereits die Gremien in anderen Städten beschäftigt haben, stellen sich auch in Tübingen. Was ist an einer Biografie zentral? Was ist als nebensächlich zu bewerten? Was entwertet eine Lebensleistung so radikal, dass ein Name vom Straßenschild getilgt werden muss? Und was ist mit gebrochenen Biografien? Welche historischen, ethischen und politischen Maßstäbe legen wir an?

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat sich aus diesem Grund dazu entschieden, Straßen nicht umzubenennen, sondern die entsprechenden Beschilderungen mit erklärenden Zusatztafeln auszustatten (als technische Alternative könnte auch ein QR-Code historische Erläuterungen und eine Einordnung liefern). In Freiburg ist man beide Wege gegangen: zwölf Straßen wurden umbenannt, 15 Straßen, die ihren Namen behalten, wurden mit Erläuterungsschildern versehen.

### 3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung hält eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Hintergründe von Straßenbenennungen, wie sie in anderen Städten unternommen wird, grundsätzlich für sinnvoll. Allerdings besteht in der aktuellen Situation keine Möglichkeit, Finanzmittel für ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Verfügung zu stellen. Vor dem Hintergrund anderer anstehenden Pflichtaufgaben der Kommune ist dieses Anliegen nicht als prioritär anzusehen und zurückzustellen, bis wieder finanzielle Spielräume vorhanden sind. Dennoch soll durch diese Verschiebung nicht die Aufklärung über kritische Straßenbenennungen unterbleiben.

Bevor ein strukturiertes und inhaltlich fundiertes Verfahren, das über Einzelfallentscheidungen hinausgeht, umgesetzt werden kann, schlägt die Verwaltung vor, die zur Diskussion stehenden Straßenschilder mit einer Erläuterungstafel zu versehen.

4. Lösungsvarianten

Das Verfahren zur Umbenennung der Straßen wird ohne weitere wissenschaftliche Prüfung eingeleitet.